

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Das teleph. erstellte Nachdrucke übernehmen wir keine Gewähr. Kassa nach Tarif, der jedoch bei gerichtl. Eintr. od. Konfuzen fünfjährig wird. Erfüllungsort: Altensteig, Gerichtsstand Nagold. Einzelgewinn: Die einseitige Seite aber deren Raum 18 Wfg., die Reklamsseite 45 Wfg.

Bezugspreis: Monatl. durch Post 1.50 M., durch Agent. 1.40 M., die Einzelnummer kostet 10 Wfg. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 5788 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11.

Nummer 128

Altensteig, Samstag den 4. Juni 1932

55. Jahrgang

Der Reichswehrminister an die Reichswehr

Berlin, 3. Juni. Der Reichswehrminister erließ folgende Rundgebung an die Reichswehr:

Mit dem heutigen Tage trete ich das Amt des Reichswehrministers an, zu dem mich das Vertrauen des Reichspräsidenten, des Oberbefehlshabers der Wehrmacht, berufen hat.

Ich werde meine Kraft daran setzen, daß die Reichswehr dazu befähigt wird, ihre Berufsaufgabe zu erfüllen: Deutschlands Grenzen zu schützen und seine nationale Sicherheit zu gewährleisten. Ich werde ferner dafür sorgen, daß diejenigen geistigen und physischen Kräfte unseres Volkes gestärkt werden, welche die unentbehrliche Grundlage der Landesverteidigung bilden. Ich bin überzeugt, daß im Innern die Tatsache, daß wir eine geschlossene und überparteiliche Wehrmacht besitzen, allein genügen wird, um die Autorität des Reiches vor jeder Erschütterung zu bewahren. Ich vertraue darauf, daß jeder Angehörige der Wehrmacht mir dabei helfen wird, das mir anvertraute Erbe einer großen Vergangenheit zum Besten von Volk und Vaterland zu verwerten.

Berlin, den 3. Juni 1932.

Der Reichswehrminister
gez. v. Schleicher.

Brälat Raas antwortet dem Kanzler

Berlin, 3. Juni. Brälat Dr. Raas hat an den Reichskanzler in Beantwortung von dessen gestrigem Brief ein Schreiben gerichtet, in dem er u. a. erklärt:

Wenn Sie in Ihrem Schreiben als ein Motiv die Notwendigkeit einer Synthese aller wahrhaft nationalen Kräfte betonen, so umschreiben Sie ein politisches Ziel, an dem die Zentrumspartei und ich selbst seit Jahren unermüdet arbeiten. Die Verwirklichung eines solchen Gedankens verlangt aber eine möglichst breite Basis, d. h. den einstimmigen Beschuß der Zusammensetzung der aus allen Lagern sich zu staatspolitischer Arbeit bereit findenden Kräfte. Sie selbst, verehrt Herr Reichskanzler, haben mir in Ausdeutung Ihrer Dalmener Rede ausdrücklich erklärt, daß zu einer nationalen Konzentration auch prominente Männer der Linken, wie der Sozialdemokratie, gehören sollten. Für uns ist es dabei eine Selbstverständlichkeit, daß den Grundgedanken des Christentums die ihnen gebührende Einflußnahme auf das gesamte Staatswesen in tatkräftigem Handeln gesichert werden muß. Ein solcher Grundgedanke muß dann aber auch von jenen Kräften bejaht und in der Praxis bestätigt werden, die ein neues Deutschland herauszuführen wollen. Die Hoffnung der jungen Generation wird eine große Enttäuschung erfahren, wenn man nur äußerlich diese kulturelle Parole ausgeben würde, ohne daß alle führenden Kräfte der nationalen Konzentration die Fähigkeit und Bereitwilligkeit mitbrächten, diese Parole äußerlich und innerlich bis in ihre letzten Folgerungen zu verwirklichen. Ein Christentum der Eitelkeit wäre wertlos. Was allein auch im Politischen helfen kann, ist das Christentum der Tat. Sie unterscheiden zwischen dem Parteimann und dem Deutschen. In meiner Überzeugung ist für eine solche Teilung kein Platz. Sie als Kenner meiner politischen Auffassung werden auch am wenigsten annehmen können, daß ich beim, die von mir geführte Partei fähig wäre, über parteigegensätzliche Dinge das Vaterländische zu vergessen. Beweis dafür ist unser Eintreten für denjenigen Mann, den Sie in Ihrem Schreiben als Symbol der Zusammenfassung bezeichnet haben. Ich bin und bleibe davon überzeugt, daß keine sachlich vertretbare, der inneren Sammlung und der internationalen Friedensarbeit und deutschen Weltgeltung dienende Richtung der deutschen Politik sich von der Linie entfernen kann, welche Herr Dr. Brüning unter nomenloser Mähen und unbedingten Einfindungen verfolgt hat. Viele von denjenigen, die heute in der Distanzierung von der bisherigen Arbeit und ihren Trägern eine Verbesserung der deutschen Erfolgsaussichten sehen, werden nach meiner Überzeugung in kurzer Zeit erkennen, daß der von ihnen beschrittene Weg ein Irrweg ist.

Städteparlament an die Reichsregierung

Berlin, 3. Juni. Die zurückgetretene Reichsregierung hatte, wie der Deutsche Städteparlament mitteilt, die Absicht, im Rahmen der vorgelegenen Notverordnung die überaus dringlichen Maßnahmen zur Entlastung der Gemeinden und Gemeindeverbände von dem Druck der Gewerbesteuerlasten vorzunehmen. Es war vorgezogen, den Anteil der Kommunen an den Kosten der Arbeitslosenfürsorge, die gegenwärtig etwa 1,4 Milliarden jährlich betragen, auf rund 600 Millionen RM, zu begrenzen und die Gemeinden durch einen Reichszuschuß von etwa 700 Millionen RM zu entlasten. Diese Neuregelung sollte bereits am 1. Juni eintreten.

Durch den Rücktritt der Reichsregierung sind diese Hilfsmassnahmen nicht in Kraft getreten. Die Gemeinden kommen dadurch in allergrößter Schwierigkeit. Der engere Vorstand des Deutschen Städteparlament, der in Berlin versammelt war, hat einstimmig beschlossen, an die neue Reichsregierung das dringende Ver-

Reichstagsauflösung vom Kabinett beschlossen

Wahrscheinlich Neuwahl in der zweiten Hälfte des Juli

Berlin, 3. Juni. Das Reichskabinett hat in seiner Sitzung am Freitag beschlossen, dem Herrn Reichspräsidenten die Auflösung des Reichstages am 4. Juni 1932 in Vorschlag zu bringen.

Ferner hat das Reichskabinett die Ausarbeitung der Regierungserklärung so weit gefördert, daß ebenfalls mit ihrer baldigen Veröffentlichung zu rechnen ist.

Die näheren Einzelheiten über die Neuwahlen stehen noch nicht fest, doch ist zu erwarten, daß die Neuwahlen in der zweiten Hälfte des Juli stattfinden werden. Somit ist zu erwarten, daß am Samstag der Reichstag aufgelöst wird und nicht mehr zusammentritt.

Aus der Kabinettsitzung

Berlin, 3. Juni. Die ursprünglich für Freitag vormittag in Aussicht genommene Sitzung des Reichskabinetts ist auf nachmittags verschoben worden, weil die neuen Minister zunächst ihr Amt übernehmen. Einige Minister müssen Berlin noch einmal für einige Tage verlassen und ihre alten, persönlichen und beruflichen Angelegenheiten in Ordnung bringen. So wird z. B. Freiherr von Neurath wahrscheinlich morgen eine kurze Reise nach London unternehmen und Freiherr von Gagl beabsichtigt, nach Ostpreußen zu fahren. Das sind aber nur kurze Unterbrechungen. Das Kabinett hat seine sachliche Arbeit begonnen, um die wichtigsten akuten Probleme zu beraten. Dabei handelt es sich in erster Linie um die Maßnahmen, die mit der Reichstagsauflösung zusammenhängen und um die Sicherung des Etats und der Arbeitsbeschaffung usw., die notwendig sind.

In politischen Kreisen unterhält man sich lebhaft über den Termin der Neuwahlen. Wenn seit gestern davon gesprochen wird, daß schon der 26. Juni in Frage kommen sollte, so ist demgegenüber festzustellen, daß die technische Vorbereitung etwa vier Wochen in Anspruch nimmt, so daß die Wahl nicht vor Mitte Juli stattfinden könnte. Man hätte freilich gern einen früheren Termin gesehen, schon mit Rücksicht auf die Erschöpfung durch Reiselust und Erntezeit. Die Auflösung des gegenwärtigen Reichstages wird am Montag oder Dienstag erfolgen.

Mit besonderer Beschleunigung wird sich das Kabinett den brennenden Fragen der Finanzen und der Arbeitsbeschaffung zuwenden. Bei seinen Beratungen wird das Kabinett prüfen, wie weit noch die vom Kabinett Brüning ausgearbeitete Notverordnung für die der Reichsregierung notwendig erscheinenden Maßnahmen heranzuziehen ist. Soweit es sich um die Bekämpfung der

langen zu richten, die unterbrochene Aktion sofort wieder aufzunehmen und auf der damals beschlossenen Grundlage baldmöglichst durchzuführen. Der engere Vorstand des Deutschen Städteparlament hat eine dahingehende dringliche Eingabe an den Reichskanzler gerichtet.

Wahrede Hitlers in Schwerin

Schwerin, 3. Juni. In einer nationalsozialistischen Wahlkundgebung, an der auch der Mecklenburg-Schwerinische Ministerpräsident Eichenburg teilnahm, sprach heute abend Adolf Hitler. Er betonte, der Reichskanzler Brüning sei das Opfer eines in Deutschland verbreiteten Trugschlusses geworden. Dr. Brüning habe geglaubt, die nationale Bewegung niederschlagen und gleichzeitig eine nationale Außenpolitik machen zu können. Es bestehe aber ein unlösbarer Zusammenhang zwischen der Außenpolitik und der Verfassung der Nation im Innern. In den nächsten Tagen werde eine Bilanz vorgelegt werden, die schonungslos enthülle, wie es tatsächlich in Deutschland aussehe. Es würden Maßnahmen durchgeführt werden müssen von einer solchen Größe, daß sie nur dann in die Tat umgesetzt werden könnten, wenn hinter ihnen die Zuversicht des ganzen deutschen Volkes stehe. Keine Regierung könne das Wunder vollbringen, plötzlich Deutschland zur Größe zurückzuführen, bis nicht erst im Innern Ordnung geschaffen sei. 75 Prozent unserer städtischen Bevölkerung müßten begreifen lernen, daß die Lebensbasis unseres Volkes die deutsche Landwirtschaft sei. Aber Deutschland könne nicht geholfen werden, wenn nicht die Millionenkräfte deutscher Arbeiter mitwirke.

Arbeitslosigkeit handelt, erstrecken sich diese Maßnahmen auch auf die Siedlung. In unterrichteten Kreisen rechnet man damit, daß das Kabinett seine Arbeiten so energisch vorwärts bringen wird, daß die Notverordnung bereits in der nächsten Woche veröffentlicht werden kann.

Eine Frage, die in der Öffentlichkeit augenblicklich höchst diskutiert wird, ist die Aufhebung des SA-Verbetes. Sicher ist jedenfalls, daß das SA-Verbot in seiner gegenwärtigen Form nicht bestehen bleiben wird und daß die Ausnahmestellung, die das SA-Verbot im Verhältnis zu anderen Verbänden einnimmt, beseitigt werden wird.

Berliner Blätter zur Reichstagsauflösung

Berlin, 4. Juni. Der Beschluß des Kabinetts von Papen, dem Reichspräsidenten die Auflösung des Reichstages zu empfehlen, wird von der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ als eine „Erlösung“ begrüßt. Die schnellste Herbeiführung der Neuwahlen liege in der logischen Linie, die mit der Entlassung Brüning's begonnen habe. Selbstverständlich bedeute dieser Schritt ein ungeheures Wagnis. Sein Sinn liege in dem Versuch, durch das freie Wollen der Kräfte vielleicht die Voraussetzungen für eine wahrhaft nationale größere Zusammenfassung aller auf die Verteidigung des Vaterlandes gerichteten Faktoren zu schaffen.

Die „Germania“ ist der Ansicht, daß das Kabinett mit diesem Beschluß nur die unerläßlichen Konsequenzen aus der politischen Lage gezogen habe, wie sie sich nach dem Sturz des Kabinetts Brüning mit seltener Klarheit herausgebildet habe.

Der „Vorwärts“ spricht von der „Scheu vor der Öffentlichkeit, die entscheidend sei für das Verhalten des Kabinetts. Zweifellos beruhe diese nicht auf mutiger Tatkraft aus einer Vereinbarung mit den Nationalsozialisten, die genau so, wie die Regierung selbst, eine Reichstagsdebatte noch vor dem Wahlkampf nicht ertragen könnten. Indem die Regierung von Papen den Reichstag auflöse, führe sie einen Auftrag Adolf Hitlers aus.

Der „N.S.-Kurier“ schreibt: „Das erstmalig bestimmte Vorgehen der neuen Reichsregierung gegen den überalterten Reichstag wird im ganzen Volke auf begeisterte Zustimmung und Anerkennung stoßen. Dieses Parlament, dessen knappe Mehrheit sich immer wieder aus Furcht vor Auflösung und Neuwahlen den Notverordnungsdekreten Brüning's beugte, und die Parteien, die zu Dutzenden von Malen ihr Programm verrieten, die immer zu Kreuze gezogen sind, wenn der Kanzler mit Auflösung drohte, haben nichts anderes verdient, als daß man sie in die Wüste schickt. Die Mehrzahl von ihnen wird nicht mehr ins Parlament zurückkehren. Auch dem ehemaligen Reichskanzler Brüning wird in diesen Maßnahmen die verdiente Sühnung erteilt. Fast zwei Jahre hatte er die Möglichkeit in der Hand, das Volk um sein Urteil zu befragen. Er hat statt dessen immer wieder um die Zustimmung der Sozialdemokratie gebettelt und ihren Wünschen weitgehendst Zugeständnisse gemacht. Es ist selbstverständlich und nur verdient, wenn das verantwortungslose System nun an seinen eigenen Früchten zugrunde geht.“

Grandi über Abrüstung und Reparationen

Rom, 3. Juni. Im Verlaufe der Aussprache im Senat über den Haushalt des Ministeriums des Äußeren ergriff auch Außenminister Grandi das Wort. Es gelte, so erklärte er u. a., drei Probleme zu prüfen, nämlich die Abrüstung, die Reparationen und Kriegsschulden und die Wiederherstellung Mittel- und Südosteuropas. Die ersten vier Monate der Abrüstungskonferenz seien einer politischen Aussprache gewidmet gewesen, die als Ergebnis eine Erklärung der jeweiligen Standpunkte der großen Mächte gebracht habe. Der Minister bedauerte, daß die Abrüstungskonferenz vor Beginn der Reparationskonferenz in Lausanne kein Ergebnis gebracht habe, denn die Fragen der Abrüstung, der Reparationen und der Kriegsschulden, die in technischer Hinsicht getrennt seien, seien politisch und moralisch verbunden. Grandi schilderte sodann die Gefahren der Auszubehaltungen, wobei er auch an die auf den internationalen Konferenzen umgehende, so bereite Wendung erinnerte: „Eine Frage durch die Sachverständigen totschlagen lassen“. Die Bestimmung der Angriffswaffe hätte keine Schwierigkeiten geboten, als man sie 1919 gegenüber den besiegten Staaten vornahm. Grandi ging alsdann auf die Reparationsfrage ein. Einen schweren Mißstand sieht er für die Reparationskonferenz darin, daß die Abrüstungskonferenz noch zu keinerlei Ergebnis gekommen ist. Die Herabsetzung der Rüstungen hätte die beste Voraussetzung für eine Lösung der Reparations- und Schuldenfrage abgegeben. Trotzdem habe sich das Programm Italiens nicht geändert, das von der Überzeugung ausging, daß zur Überwindung der Weltwirtschaftskrise die Reparations- und Schuldenfrage ein für allemal gelöst werden muß.

Bei Behandlung der südosteuropäischen Fragen erinnerte Grandi an den französischen Plan einer Donautribunalbildung. Der



französische Vorschlag weise Ähnlichkeit sehr detaillierten politischen Charakters auf, die Italien mit der größten Aufmerksamkeit verfolgen müsse. Der Zusammenschluss dieser fünf Staaten mit ihren auseinanderstrebenden wirtschaftlichen Interessen sei kein Ziel. Da das Schulden- und Reparationsproblem schwer politische und moralische Verantwortlichkeiten und überdies auch finanzielle Belastungen enthalte, wolle Italien wiederholen und bekräftigen, daß ein Ende gemacht werden und, wie Mussolini in seiner kürzlichen Rede erklärt habe, der Schlachtfeld unter die trauische Rechnung des Kriates gezogen werden müsse.

Englische Stimmen für eine endgültige Lösung in Lausanne

London, 3. Juni. In ihrer monatlichen Uebersicht befaßt sich Barclays Bank mit den Problemen der Lausanner Konferenz. Es heißt darin, wenn vielleicht auch die allgemeine Erreichung von Reparationen und Kriegsschulden nicht unmittelbar erzielt werden könne, so sei es doch ebenso klar, daß eine Wiederaufnahme der Reparationen und Kriegsschuldzahlungen nach Ablauf des Hoovermoratoriums Ende Juni undurchführbar sei. Eine einfache Verschiebung des Problems für einige Monate würde schlimmer als zwecklos sein.

Der frühere Schatzkanzler Sir Robert Horne erklärte heute in einer Rede, wenn in Lausanne jetzt keine Lösung erzielt wird, würden die Folgen unausdenkbar sein. Auch der Führer der Opposition, Lansbury, erklärte heute in einer Rede: Die riesigen Mühsalsteine um den Hals der Nationen müssen abgeschüttelt werden. Wir müssen der Welt sagen: Wir werden weder Schuldeneinfahler noch Schuldenzahler sein.

Das neue französische Kabinett

Paris, 1. Juni. Wie kurz nach Mitternacht bekannt wird, wird sich das Kabinett Herriot, der vom französischen Präsidenten mit der Bildung beauftragt wurde, folgendermaßen zusammensetzen:

- Ministerpräsident und Außenminister: Herriot,
- Leitender Arbeiter: Daladier,
- Innere: Chautemps,
- Krieg: Senator Paul Boncour,
- Luftschiffahrt: Painlevé,
- Kriegsmarine: Lannes,
- Landwirtschaft: Senator Gardes,
- Pensionen: Berthod,
- Justiz: Senator Renaudt,
- Budget: Palmade,
- Deffizitärer Unterricht: Senator de Monzie,
- Kolonien: Senator Albert Sarraut,
- Arbeit: Dalmier,
- Handelsmarine: Leon Meyer,
- Volkswohlfahrt: Senator Godard,
- Handel: Julien Durand,
- Post: Queuille.

Neues vom Tage

Geheimrat von Kaufmann-Effer zum Leiter der Presseabteilung ernannt

Berlin, 3. Juni. Der Reichspräsident hat Geheimrat Dr. von Kaufmann-Effer zum Ministerialdirektor und Leiter der vereinigten Presseabteilung der Reichsregierung ernannt.

Verhandlungen im Ruhrbergbau ergebnislos

Berlin, 3. Juni. Die Verhandlungen über den Lohn- und Manteltarif im Ruhrbergbau, die im Reichsarbeitsministerium stattgefunden haben, sind ergebnislos verlaufen. Die Entscheidung über den Schlichterspruch des Schlichters, Professor Brahn, liegt nunmehr beim Reichsarbeitsminister.

Der Reichspräsident an Reichsminister e. D. Schiele

Berlin, 3. Juni. Reichspräsident von Hindenburg hat an den bisherigen Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Schiele, ein in herzlichem Ton gehaltenes Abschieds schreiben gerichtet.

Rücktritt des Reichsbannerführers Höring

Berlin, 3. Juni. Die Bundespressstelle des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold teilt mit: Der bisherige erste Bundesführer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Otto Höring, hat am 3. Juni dem Bundesvorstand schriftlich mitgeteilt, daß er von der Bundesführung zurücktritt und aus dem Bundesvorstand ausscheidet.

Schweres Erdbeben festgestellt

Karlsruhe, 3. Juni. Die Seismographen an der Technischen Hochschule registrierten Freitag nachmittag ein sehr starkes Erdbeben. Die Entfernungen betragen circa 10 000 Kilometer. Nach den Urhebungen muß mit einer verheerenden Wirkung des Erdbebens gerechnet werden.

Schwere Bluttat in Breslau

Breslau, 3. Juni. Der Angestellte Gotthard Kühle hat in der Nacht zum Freitag seine Ehefrau mit einem Beil erschlagen und den beiden dreieinhalb und ein Jahre alten Kindern die Kehle durchgeschnitten. Dann hat er Gift genommen. Kühle, der allein lebte, wurde ins Krankenhaus übergeführt. Das Motiv vermutlich in wirtschaftlicher Notlage zu suchen.

Stürme Unruhen an der Wiener Technischen Hochschule

Wien, 3. Juni. An der Technischen Hochschule kam es am Freitag vormittag zu schweren Unruhen, da in der Nacht ein atar und Zeitungsausschnitte angebracht worden waren, die griffe gegen die Nationalsozialisten enthielten. In der Pause kamen in einem Lehrsaal Tumulten, Antisemitische Rufe, Rufe „Rache für Janssen“ wurden laut. Die Nationalsozialisten kürzten sich auf sozialistische und jüdisch aussehende Studenten. In den Gängen und auf den Treppen entstand bald Handgemenge, das in eine wilde Schlägerei ausartete. Der Rektor begleitete die jüdischen Studenten bis zum Mehreren Hörer erlitten Verletzungen. Die Unruhen setzten dann vor der Hochschule fort.

Württembergischer Landtag

Die Finanzlage des Staates

Stuttgart, 3. Juni. Im Einlauf der Landtagssitzung befindet sich die Klageschrift des Staatsanwalts Dr. Kohlhaas-Stuttgart namens der Deutschen Volkspartei, Volksrechtspartei und der Volkskonservativen Vereinigung an den Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich wegen Verteilung der Landtagssitze.

Staatspräsident Dr. Volz erklärt sich bereit, die Große Sozialdemokratische Anfrage betr. Einbeziehung der Waldarbeiter in die Krisenfürsorge, und die Große kommunistische Anfrage betr. Maßnahmen der Polizeidirektion Heilbronn in einer der nächsten Sitzungen zu beantworten.

Zur Beratung kommt die Große Anfrage des Zentrums betr. die württembergischen Staatsfinanzen in Verbindung mit zahlreichen Anträgen verschiedener Parteien. Am Regierungstisch sitzen sämtliche fünf Minister. Zur Begründung der großen Zentrumsanfrage führt der Abg. Bod (Z.) aus: Wir brauchen ausgeglichene Staatsverhältnisse. Davon hängt die Kreditwürdigkeit des Staates wie der Wirtschaft ab. Alle haben die Pflicht, dafür zu sorgen, daß unsere Finanzen in Ordnung bleiben. Wir dürfen keine Anträge stellen, die nur der Popularität dienen, die bisherige Regierung hat das Gleichgewicht im Etat aufrecht erhalten. Die Finanzgebarung war gut und solid. Aber auch Württemberg ist von der Not der Zeit nicht unberührt geblieben. Wir müssen jetzt wissen, wo wir stehen. Das Volk soll selber erkennen, was finanziell möglich ist und was nicht tragbar ist. Die neuen Herren in Berlin mögen nun den Gemeinden zu Hilfe kommen.

Finanzminister Dr. Deßlinger

führt zur Beantwortung aus: Heute sind es auf den Tag acht Jahre, daß ich die Verantwortung für die württembergischen Staatsfinanzen übernommen habe. Ich habe immer nach dem Grundsatz gehandelt: Keine Ausgabe ohne Deckung. Niemand konnte ich es aber recht machen. Im Rechnungsjahre 1930 liegen sich die laufenden Ausgaben nicht mehr voll durch laufende Einnahmen decken. Rund 17,5 Millionen RM. mußten aus der Restverwaltung entnommen werden. Nur so wurde der Etat ausgeglichen. Aber das hat uns fast den ganzen Rest der Restmittel gekostet. Mit 20,5 Millionen RM. Restmitteln sind wir in das Rechnungsjahr 1931 eingetreten. In Beginn des Rechnungsjahres 1931 waren es noch 2,5 Millionen RM. Vollständige Angaben über den Abschluß von 1931 können noch nicht gemacht werden. Der Ertrag der Steuern bleibt mit 11,3 Millionen RM. hinter dem Voranschlag zurück. Dazu kommt ein Rückschlag bei den Einnahmen des Staatsvermögens in Höhe von 500 000 RM. Bis jetzt beträgt der Abmangel von 1931 6,6 Millionen RM. 4 Millionen sollen durch die Postabfindung gedeckt werden. 1,2 Millionen werden durch Sparmaßnahmen gedeckt. Die Eisenbahnabfindung ist noch in der Schwebe. Als Postabfindung soll Württemberg 25 Jahre lang jährlich 4 Millionen RM. bekommen. Der Etat für 1932 war im letzten Jahre bei Verabschiedung des Gesetzes ausgeglichen. Inzwischen haben sich die Steuereinnahmen um 20,4 Millionen RM. vermindert. Dazu kommen noch 12,9 Millionen andere Rückschläge. Ihnen stehen gegenüber 4 Millionen Postabfindung und 20 Millionen RM. Gehaltskürzung. Es verbleibt ein Abmangel in Höhe von 9,5 Millionen RM. Die Regierung hat bisher für 40 Millionen RM. Abstriche gemacht. Es ist Tatsache, daß der württembergische Etat sich jetzt zum Regalkonkurrenz hin entwickelt. Es ist Aufgabe des Landtages, zu sorgen, daß die öffentliche Wirtschaft in Württemberg nicht zusammenbricht. Die Entlastung der Gemeinden von der Wohlfahrtsfürsorge ist Aufgabe des Reiches, nicht des Landes. Die Gebäudeentlastungssteuer ist in Württemberg nur halb so hoch wie in anderen Ländern. Die Schlachttsteuer hat Württemberg bis jetzt nicht wie andere Länder eingeführt. Wie soll nun der Abmangel von 1932 gedeckt werden?

An den Sachausgaben läßt sich in Württemberg kaum mehr etwas einsparen. Reduktionen der Drankration bringen im 1. Jahr eher Mehrausgaben. Durch weitere Verwaltungsvereinfachungen können nicht die Millionen eingebracht werden, die zur Deckung des Abmangels notwendig sind. Die Restverwaltung ist erschöpft. Anleihen dürfen nicht für laufende Ausgaben aufgenommen werden. Württemberg hat 29 Millionen Mark Anleihen aufgenommen, d. h. 11 Mark auf den Kopf der Bevölkerung. Dem Rest ansehnlicher Guthaben bei der Reichsbank in Höhe von 30 Millionen. Die offenen Anleihecredite betragen 16,9 Millionen. Vom Reich her ist keine Hilfe zu erwarten. Die vorliegenden Anträge der Parteien berücksichtigen noch nicht die jetzt vorgetragene Lage der Staatsfinanzen. Die Anträge würden den Abmangel noch erhöhen. Die komm. Anträge wollen das Kunststück fertig bringen, bei der Polizei 20 Millionen abzurufen, während im Etat für die Polizei nur 6 Millionen enthalten sind. Das Gesetz über den Rechnungsdienst wird im Herbst dem Landtag vorgelegt werden. Anträge, die gegen das Reichsrecht verstoßen, können zu keinem nützlichen Beschluß führen. So ist es mit den Anträgen der Sozialdemokraten und Nationalsozialisten betr. Kürzung der Gehälter der oberen Beamten. Sollte sich der Landtag zur weiteren Gehaltskürzung entschließen, so könnte nur eine allgemeine Kürzung in Frage kommen. Es ist unwahrscheinlich, alle Anträge dem Finanzausschuß zu überweisen. Bisher konnte der württ. Etat in Ordnung gehalten werden. Trotz aller Anstrengungen konnte die württ. Regierung die Ausfälle bei den Steuern und bei den Einnahmen nicht verhindern. Die Zukunft liegt daher vor uns. Ich bitte die Parteien, das Vorgetragene zu prüfen und den Grundbesitz, keine Ausgabe ohne Deckung, zu beachten.

Kultminister Dr. Basille:

Von den vorliegenden Anträgen betreffen zwei die Kultverwaltung. Zu Gunsten der unbeschäftigten Lehrer hat die Regierung drei Maßnahmen angedenkt: 1. Teilung von Stellen auf 2 Lehrer, 2. Nebenamtliche Beschäftigung gegen Stundenlohn, 3. Verwendung von Schulpraktikanten für 80, 90 und 10 RM. monatlich. Unbeschäftigt sind 903 Junglehrer aller Art, davon 573 Volksschullehrer, 104 Muffeloren.

Abg. Haer (NS.): Die Ansuchen des Finanzministers müßten erst in der Fraktion besprochen werden, bevor endgültig Stellung genommen werden kann. Wir beantragen, die Aussprache auf morgen Samstag zu verschieben. Das Plenum stimmt dem zu. — Samstag 9 Uhr: Aussprache über die Lage der Staatsfinanzen.

Nationalsozialistische Anträge im Landtag

Stuttgart, 3. Juni. Die Nationalsozialisten haben im Landtag acht weitere Anträge gestellt. Der erste betrifft Steuerermäßigung und verlangt Erlass oder Stundung von Rückständen an

Realsteuern und Rückgängigmachung von Zwangsmaßnahmen bei der Beitreibung von Realsteuern. Der zweite dient dem Mittelstand, Staatsangeiger, und Südd. Rundfunk sollen jede Kellerei für Einheitspreisgeschäfte und Amtsförperschaften den Gemeinden, Gemeindeverbänden und Warenhäuser unterlassen. Soll der Beitritt zu einem Konsumverein verboten und auch den Staatsbehörden der Einkauf von Waren bei Konsumvereinen und Warenhäusern verboten werden. Der dritte Antrag dient dem Schutz der Forstwirtschaft und fordert die Sperrung ausländischer Weichhölzer nach Deutschland. Der vierte Antrag wünscht Staatsbeiträge an wirtschaftlich schwache Gemeinden für die Unterhaltung von Arbeitslosen. Der fünfte Antrag verlangt die Auslösung des Verbots von Versammlungen unter freiem Himmel sowie der Aufzüge und Propagandaschorten. Der sechste Antrag fordert ein Verbot der Einfuhr ausländischen Gemüses und Obstes sowie ausländischer Weine. Der siebente Antrag verlangt die Aufhebung der Uniformverbote und der achte Antrag wendet sich gegen unsolide Hausparaffen. Diese sollen durch das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung ausgeschlossen werden.

Anfechtung der Mandatsverteilung im Landtag

Stuttgart, 3. Juni. Die nach den württembergischen Wahlen angeklagte Anfechtung der Mandatsverteilung auf Grund des württembergischen Wahlgesetzes durch die Deutsche Volkspartei, Volkskonservative Vereinigung und Volksrechtspartei ist nun unter dem 27. Mai in der Form einer Klage beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich erfolgt. Die Klage verfolgt die Feststellung, daß die Art. 21 und 22 des württ. Landtagswahlgesetzes hinsichtlich der Verteilung der Bezirks- und der Landeslisten der Reichsregierung widersprechen und daß die 80 Mandate in einem einheitlichen Verfahren zu verteilen sind. Es wird also nicht die Stimmabgabe, sondern nur die Verteilung angefochten.

Kleine Anfrage wegen Waldstreu

Infolge der Wirtschaftsnote in vielen Landgemeinden können die minderbemittelten Kleinlandwirte keine Streumittel mehr kaufen. Deshalb besteht in manchen Gemeinden ein dringendes Bedürfnis nach Waldstreu.

Ist das Staatsministerium bereit, dahin zu wirken, daß beim Vorliegen besonderer Notstände den Wünschen nach Waldstreu weitgehend Rechnung getragen wird?

Wir bitten um eine schriftliche Beantwortung.

Kling. Bilger.

Amtsbezeichnungen

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Das Staatsministerium hat auf Grund der ihm im Besoldungsgesetz erteilten Ermächtigung, die Amtsbezeichnungen der Besoldungsordnung zu ändern, aus Anlaß des 125jährigen Bestehens des württ. Landjägerskorps durch eine im Regierungsblatt zur Veröffentlichung kommende Verordnung die Bezeichnung der Amtsbezeichnung „Oberlandjäger“ an ältere Landjäger wieder ermöglicht. Außerdem sind die Amtsbezeichnungen bei der Schutzpolizei durch Einführung der Amtsbezeichnung „Polizeioberwachmeister“ für ältere Polizeiwachmeister sowie der Amtsbezeichnung „Polizeiunterwachmeister“ für ältere Polizeianwärter geändert worden.

Aus Stadt und Land

Altensteig, den 4. Juni 1932.

Beerdigung von Malermeister Jocher. Von der Nachmittagsonne umflutet liegt der alte Friedhof. Die Luft erhitert leicht von dem Gesang der Vögel und dem Geseum der Fliegen. Leise streift der Wind über die frische Erde eines neu ausgeworfenen Grabes. Langsam, ganz langsam kommt Leben in das Bild der Ruhe und des Friedens. Der lange Trauerzug kommt an, voraus der „Liederkranz“ mit Fahne in stattlicher Vertretung, ebenso der Kriegerverein. Die große Trauergemeinde sammelt sich um das Grab und nach einem Gesangsvortrag des „Liederkranzes“ spricht der Geistliche über den Lebensinhalt des Entschlafenen. Spricht über dessen Jugend, dessen Vermählung genau vor 25 Jahren, seine Kriegsteilnahme und Berufstätigkeit und seinen durch ein Verden erfolgten raschen Tod. Er tröstet die Hinterbliebenen, die Gattin mit Kindern, mit der wunderbaren Führung Gottes im Leben und seiner erbarrenden Gnade durch Jesus Christus. Als Zeichen der Liebe und der Anteilnahme an dem Verstorbenen wird eine Nachruhe. Jocher spricht Oberlehrer Schwarz für das Löwenquartett. Er weist darauf hin, daß Malermeister Jocher ein von Gott begnadeter Sänger, einer der Mitbegründer des Löwenquartetts gewesen ist und er mit seinem würdigen Jungs: dort immer viel zur Geistesheilung beigetragen habe. Dann spricht Obersteuerrat Gruner im Namen des Kriegervereins. Groß tritt einem bei seinen Worten das Bild des Frontsoldaten und seine Treue und Kameradschaftlichkeit vor Augen. Dreimal durchschritt der Gruß der Front den Friedhof und dreimal senkt sich die schwarz-weiß-rote Fahne über das Grab des Kameraden. Nachdem noch Gipsler Kneißler dem Verstorbenen im Namen der Arbeiterchaft einige Worte widmete, spricht Malermeister Walz-Ragold für die Freie Gipsler- und Malerinnung. Herzliche Worte sind es, die er dem zweiten Obmann im Bezirk Ragold und dem mit Liebe und Pflichterfüllung seinem Beruf nachgegangenem Berufscollegen widmete. Mit dem Lied „Stumm schläft der Sänger“ nahm der „Liederkranz“ Abschied von seinem lieben Sangesbruder.

Die Kulturfilm „Große Menschen“. Es wächst ein Geschlecht, „Kunstturnen“ werden heute in drei Vorführungen für Schüler und Erwachsene an unseren Augen abrollen. Diese interessanten Lehrfilme werden sicher auch hier bei alt und jung begeisterten Anklang finden.

Theater-Gastspiel. Wir weisen an dieser Stelle auf die morgen Sonntag im hiesigen „Sternenjaal“ stattfindenden Theateraufführungen hin. Die bisher stattgefundenen Vorstellungen haben bei dem Publikum stets guten Anklang gefunden und dürften daher die letzten Veranlassungen nochmals zu regem Besuch Veranlassung geben. Besonders das am letzten Donnerstag aufgeführte Drama „Verlorenes Leben“ hinterließ einen tiefen Eindruck bei den Zuhörern. (Siehe Inserat.)

Calw, 3. Juni. In der gestrigen Gemeinderatsitzung wurden zwei städtische Baupläne zum Preis von 3,50 und 2,60 M. der am an der neuen Kapellenbergstraße verläuft. Für Neubauten waren vier Gesuche eingereicht, die sämtlich genehmigt wurden. — Die Klage der Stadt gegen einen Grundbesitzer an der Stammheimer Steige, der die Wassergräben zugemauert und dadurch das Wasser die Steige heruntergeleitet hatte, wegen Schadenersatz bei dem Unwetter im Mai vorigen Jahres ist abgemieden worden mit der Begründung, daß man von einem einzelnen Mann nicht die Ueberlast über eine ungeklärte Sachlage verlangen könne und daß die rechtliche Lage nicht einfach sei. Ein Schadenersatzanspruch im Teufelweg ebenfalls wegen Wassergräben wurde nach längeren Verhandlungen gütlich geregelt, indem dem Geschädigten 700 Mark zugesprochen wurden. — Ein städtischer Beamter wurde, weil der Einzieserposten nicht mehr besetzt wurde, mit dem Einzug der Gas- und Strompreise beauftragt. Es entstand aber ein Abmangel von 245 M. Dieser Ausfall soll von dem Einzieser, dem technischen Beamten und der Stadt zu je einem Drittel getragen werden. Um nun in Zukunft derartige unangenehme Sachen zu vermeiden, soll eine Änderung in der Organisation des Gas- und Stromgeldeinzuges vorgenommen werden. Der Einzieser hat künftig nur die Schuld vom letzten Monat einzuziehen, alle Restbeträge sind durch den Verwalter für sich besonders einzuziehen.

Freudenstadt, 4. Juni. (Kurvereinsangelegenheiten vor dem Gemeinderat.) Der Gemeinderat beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit den Belangen des Kurvereins, der hier eine große Rolle spielt und zu spielen hat, in den letzten Jahren aber häufig lebhafter Kritik ausgesetzt war, insbesondere wegen seiner Schulden. Die Kurvereinsangelegenheiten sind bei der Bedeutung des hiesigen Kurplatzes wesentlich in die Gemeindeverwaltung hinein und so ist es begründlich, daß sich der Gemeinderat mit seinem Voranschlag beschäftigt, der der Beratung hauptsächlich zu Grunde lag. Die Einnahmen wurden Position für Position durchgenommen. Er sieht an Vermögensnahmen durch Mitgliedsbeiträge und Beiträge der Kurinteressenten von 3000 Mark vor, statt 10 000 nur 7000 Mark. Die Kurkarte wird mit 90 000 Mark angenommen, was 21 000 Mark weniger als im Vorjahr sind. Die Kurtheaterlichtspiele sollen 7000 Mark abwerfen, das sind 1000 Mark weniger als im Vorjahr. Die Einnahmen aus der Wirtschaft des Kurplatzes 10 000 Mark, das ist die Hälfte des letztjährigen Voranschlags, der nicht erreicht wurde. Die Wirtschaftspacht beträgt 20 Prozent des Umsatzes, gegenüber 40 Prozent im Vorjahr. Eine Antezipation, die Kurverwaltung in eigene Regie zu übernehmen, soll vom Kurvereinsauschuß näher geprüft werden. Für den Tennisplatz sind an Einnahmen 500 Mark, statt 1000 Mark vorgelesen, für Ladenmiete 2000 Mark gegenüber 3000 Mark im Vorjahr. Es ist eine Gesamteinnahme von 158 000 Mark vorgelesen, der eine Gesamtausgabe von 137 000 Mark gegenübergestellt ist. Der Voranschlag verursacht eine mehrstündige Beratung und schließlich wird die Bilanz für 1931 und der Voranschlag für 1932 genehmigt, nachdem zu zehn Sparanträgen des Stadtrats Oest, der den Voranschlag aufgestellt hat, Stellung genommen war und diesen Rechnung getragen wurde. Es wurde eine Erhöhung der Bettendeckelung an den Kurverein, den Hotels und Pensionen zu bezahlen haben, von 4 auf 8 Pfennig einstimmig angenommen, ebenso die Erhöhung der Mitgliedsbeiträge von 15 auf 20 Mark. Einstimmige Annahme fand auch die Ermäßigung der Beiträge für Auswärtige, die die Veranstaltungen des Kurvereins nur beschränkt besuchen können. Genehmigung fanden die zu leistenden „freiwilligen“ Kurinteressentenbeiträge. Widerpenstige sollen aber gemäß dem vom Gemeinderat zur Bezahlung gezwungen werden. Die Ausgaben für die Stadtmusik in Höhe von 5000 Mark für 60 Spielstage sollen auf die Stadt übernommen werden und nicht mehr vom Kurverein. Daß der 1500 Mark pro Jahr überhörende Betrag fürs Schneebahnen auf die Stadt übernommen werden soll und der jährliche Betrag von 4500 Mark nicht überhört werden darf, fand einstimmige Annahme des Gemeinderats. Dem Antrag, die rückständigen Zinsen im Betrag von 44 000 Mark und Tilgungen mit zusammen circa 65 000 Mark zu künden, fand Annahme ein Antrag Leinberger, für das Jahr 1932 keine Rückzahlung zu verlangen, aber die Stundung auf bereits ein Jahr zu beschränken. Anstelle des Antrags, die laufenden Zinsen für die aufgenommenen Darlehen von gleitender Basis auf einen festen Zinssatz abzumindern und einschließlich Amortisation auf zusammen 6 Prozent festzusetzen, wurde ein Antrag Leinberger angenommen, einen festen Zinssatz (ohne Amortisation) von 6 Prozent, wie vom Stadtrat vorgeschlagen, festzusetzen. Den Schluß der Beratung bildete eine Debatte über die Schuldbürden hinsichtlich der Schuldenwirtschaft des Kurvereins, wobei sich kein Einverständnis finden ließ.

Dornhan, 2. Juni. Friedrich Ziegler, Jagdaufseher, Braunhalden, von seinen Jagdgenossen kurzerhand Vorkrieger genannt, erlegte am 1. Juni seinen hundertsten Rehbod.

Neuenbürg, 3. Juni. (Der älteste Neuenbürger im 100. Lebensjahr in Amerika gestorben.) Am 10. Mai ist in Cleveland in den Vereinigten Staaten Nordamerikas der älteste Neuenbürger im 100. Lebensjahr in die Ewigkeit eingegangen: Gottfried Gaiser, Senfeschmied. Und zwar, wie in einem Nachruf für den wackeren deutschen Pionier die deutsche Zeitung Clevelands besonders betont, „bei geistiger Frische und körperlicher Rüstigkeit bis in seine letzten Lebensstage“. Er wurde am 12. Januar 1833 hier geboren als Sohn eines in jungen Jahren als Senfeschmied von Baiersbrunn hier zugewanderten Senfeschmieds, und 1858 heiratete er Emilie Gensle von hier. 1882 wanderte die Familie Gaiser nach Cleveland aus. Die Stiefschwester des Verstorbenen, Frau Christiane Köd Witwe, geb. Gaiser, hat bereits seit Jahren die Schwelle der Wäntzer überdritten.

Wahlen O. A. Forst, 3. Juni. (Todesfall.) Am Donnerstag ist Pfarrer Christian Egen gestorben. 34 Jahre lang hat er der Gemeinde treu gedient. Jüngst noch hatte diese ihm das Ehrenbürgerrecht verliehen.

Stuttgart 4. 6. (Amt von Staatsrat Rath erloschen.) In den letzten zwei Jahren der vergangenen Landtagsperiode gehörte der Führer der Landtagsgruppe der Deutschen Volkspartei, Abgeordneter Bürgermeister Rath von Lustnau O. A. Tübingen, als parlamentarischer Staatsrat der württ. Regierung an. Da Staatsrat Rath bei der Neuwahl nicht mehr zum Zuge gekommen ist, ist sein Amt mit Ablauf der letzten Landtagsperiode erloschen.

Arbeitsbeschaffung durch eine württ. Volksanleihe. Die Abgg. des Christlichen Volksdienstes haben an die Regierung den Antrag auf Vorlegung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms gestellt, wodurch für arbeitslose Arbeit geschaffen werden soll. Die Durchführung des Programms ist möglichst Gemeinden und Bezirken zu überlassen; die Mittel sind durch eine württ. Volksanleihe aufzubringen.

Demonstrationsversuche. Nach dem Vorbild aus dem Reich sollten am Freitag vormittag in Stuttgart durch kommunistische Demonstrationen Unruhen hervorgerufen werden. Vom Arbeitsamt aus wurde versucht, durch die Altstadt zu demonstrieren. Die Polizei hatte von dieser Absicht Kenntnis erhalten und konnte sofort energisch gegen die Demonstranten einschreiten. Im Laufe des Vormittags sammelten sich in der Altstadt bis zum Wilhelmplatz immer wieder größere Menschenmengen an, so daß die Polizei ununterbrochen gezwungen war, einzuschreiten. Zu ersten Zwischenfällen kam es jedoch nirgends. Die Versuche, Unruhen auf der Straße hervorzurufen, zogen sich bis in den Mittag hinein.

Vom Mes, 3. Juni. (Zwei Handwerksburschen erschossen.) Am 19. Februar ds. Js. hat der 39 Jahre alte nicht weniger als 38 Mal u. a. auch wegen Körperverletzung vorbestrafte über beleumundete Tagelöhner Ziegler in Reimlingen die Rordlingen zwei Handwerksburschen mit Namen Haller und Beer, die bei ihm im Armenhaus, wo er wohnte, zu betteln versuchten, aber abgewiesen wurden, im Verlauf der darauf folgenden Streitereien mit einem Revolver erschossen. Ziegler, der Vater von 6 Kindern ist, wurde für diese ruchlose Tat mit 5 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust bestraft.

Bernstadt O. A. Mm, 3. Juni. (Hagel — Blighschlag.) Donnerstag abend entlud sich über unserer Gegend ein schweres Gewitter. Nach kurzem Regen fiel Hagel, so daß alles ganz weiß sah. Während des Hagelschlags schlug der Bligh in den großen Stadel des Stänglesbauern Bosh neben der Kirche und zündete. Ein weiterer Blighschlag traf das neuverbaute Haus von Zimmermeister Junginger. Ein Kamin wurde zertrümmert und Dachpfatten. Der Stadel des Stänglesbauern ist vollständig niedergebrannt. An den Stadel ist das Spritzenhaus angebaut. Auch die in der Nähe befindliche Kirche konnte, Dank dem raschen Eingreifen der Feuerwehr, vor dem rasenden Element geschützt werden.

Strasbourg i. E., 1. Juni. (Aufgespielt.) In der Sazerne in Saarburg spielte der Wachtposten seinen Sergeanten mit dem Bajonett buchstäblich auf, so daß diesem die Brust durchbohrt wurde. Im Spital erlag der Sergeant seinen schweren Verletzungen. Der Täter will aus Rache für eine Ungerechtigkeit gehandelt haben.

Aus dem Gerichtssaal

Die Strafanträge im Skarel-Prozess

Berlin, 3. Juni. Unter starkem Publikumsandrang stellte im Skarel-Prozess, der nunmehr seit dem 31. Oktober vorigen Jahres zur Verhandlung steht, Oberstaatsanwalt Freiherr von Steinacker nach einer nochmaligen Zusammenfassung der Hauptanfangspunkte und einer Würdigung des Strafmaßes folgende Strafanträge:

Gegen Leo und Will Skarel wegen fortgesetzten Betruges in Tateinheit mit schwerer Urkundenfälschung zum Nachteil der Stadtbank und wegen Betrugs zum Nachteil der Dresdener und Ostbank wegen Bestechung durch acht fortgesetzte Handlungen, wegen Betrugsvergehens und Konkursvergehens eine Gesamtkraft von je sechs Jahren Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von zehn Jahren bei Anrechnung der Unterzuchungshaft. Haftbefehl mit sofortiger Vollstreckung beantragt. Gegen Lehmann wegen Beihilfe zum Betrug und schweren Urkundenfälschung gegenüber der Stadtbank zwei Jahre Gefängnis unter Anrechnung der Unterzuchungshaft.

Gegen Lutz beantragte der Staatsanwalt wegen Beihilfe zum Betrug an der Stadtbank ein Jahr Gefängnis, gegen Schmidt wegen schwerer passiver Bestechung zwei Jahre sechs Monate Gefängnis und Aberkennung der Fähigkeit zur Velleidung öffentlicher Ämter auf fünf Jahre, gegen Hoffmann wegen schwerer passiver Bestechung zwei Jahre Gefängnis, gegen Bürgermeister Kohl-Köpenitz wegen schwerer passiver Bestechung ein Jahr sechs Monate Gefängnis und Aberkennung der Fähigkeit zur Velleidung öffentlicher Ämter auf fünf Jahre, gegen Gabel wegen schwerer passiver Bestechung ein Jahr sechs Monate Gefängnis und wegen Beihilfe zum Betrug zum Schaden der Ostbank vier Monate Gefängnis, gegen Degner wegen schwerer passiver Bestechung neun Monate Gefängnis und Aberkennung der Fähigkeit zur Velleidung öffentlicher Ämter auf fünf Jahre, gegen Schneider wegen schwerer passiver Bestechung ein Jahr neun Monate Gefängnis und Aberkennung der Fähigkeit zur Velleidung öffentlicher Ämter auf fünf Jahre, gegen Luding wegen schwerer passiver Bestechung ein Jahr drei Monate Gefängnis. Außerdem wird Haftbefehl bei Urteilspruch gegen Lehmann, Schmitt, Hoffmann, Kohl, Gabel, Schneider und Luding gefordert und die Beschlagnahme des Empfangenen ausgesprochen. Die Angeklagten nahmen durchweg die Strafanträge mit Freilassung auf. Leo Skarel weinte, während Hoffmann mit der Faust auf den Tisch schlug und dann in sich zusammenfiel.

Oberstaatsanwalt Freiherr von Steinacker führte in seinem Schlusswort aus, daß der Schaden von 10 Millionen RM, den die Stadt Berlin erlitten hätte, weniger ins Gewicht falle als der moralische Schaden, der durch die Skarels entstanden sei. Durch die Skarels hätte in der Berliner Stadtverwaltung Korruption geherrscht. Ohne Beziehungen sei mit der Stadt Berlin kein Geschäft zu machen gewesen. In anständiger Weise hätten sich Personen der verschiedenen Parteien für die Skarels eingesetzt. Das sei nur als ein Tanz um das goldene Kalb zu bezeichnen. Oberbürgermeister Böß habe es hier an der notwendigen Tatkraft fehlen lassen. Seine Aufgabe wäre es gewesen, wenn er ein pflichtgetreuer Vetter des Regierats gewesen wäre, hier durchzugreifen. Oberbürgermeister Böß habe als oberster Beamter seinen untergeordneten Beamten ein sehr schlechtes Beispiel gegeben. Der Oberstaatsanwalt erinnerte dabei an die verübte Verfassungsverletzung. Man müsse also unbedingt berücksichtigen, daß von den Skarels auf einem Boden gearbeitet worden sei, der den Korruptionssteim bereits in sich getragen habe. Das Verhalten der Beamten gegenüber den Skarels sei nur als schamlos zu bezeichnen. Wildernde Umstände seien den Skarels zu verlagern, denn ihre Straftaten seien zu ungeheuerlich, zu strupellos, zu gemeingefährlich gewesen.

Turnen, Spiel und Sport

Fußball. Der Sportklub Freudenstadt ist mit der ersten, zweiten und Jugendmannschaft morgen Sonntag Gast des hiesigen Sportvereins, um die Rückspiele gegen dieselben Mannschaften des Sportvereins Altensteig auszutragen. Bei den Vorspielen in Freudenstadt gelang es den Altensteiger Mannschaften, klare Siege zu erringen und sollten diese auf eigenem Platz morgen wiederholt werden können. Wir bitten unsere Sportfreunde und Gönner, sich recht zahlreich auf dem Platz einzufinden.

Rundfunk

Sonntag, 3. Juni: 6.15 Uhr Hamburger Hofkonzert, 8 Uhr Gonnostil, 8.25 Uhr Stunde des Chorgerangs, 10.30 Uhr Kath. Morgenfeier, 11.30 Uhr F. S. Bach, 12 Uhr Promenadenkonzert, 13 Uhr Kleines Kapitel der Zeit, 13.15 Uhr Silber- und Gitarrenkonzert, 13.45 Uhr Schallplatten, 15 Uhr Stunde der Jugend, 16 Uhr Konzert, 18 Uhr Antorenstunde, 18.50 Uhr Hölderlin zu seinem 30. Todestag am 7. Juni, 19.30 Uhr Wiener Schrammelmusik, 20 Uhr Konzert, 22.20 Uhr Zeit, Wetter, Nachrichten, Sport, 22.45 Uhr Tanzmusik.

Montag, 4. Juni: 6 Uhr Gonnostil, von 10 bis 13.30 Uhr Schallplatten, Nachrichten, Wetter, 14.30 Uhr Spanischer Sprachunterricht, 15 Uhr Englischer Sprachunterricht, 16 Uhr Vortrag: Umziehen — aber wie? 16.30 Uhr Briefmarkenstunde, 17 Uhr Konzert, 18.15 Uhr Zeit, Wetter, 18.25 Uhr Vortrag: Die Natur im Juni, 18.50 Uhr Englischer Sprachunterricht, 19.15 Uhr Zeit, Landwirtschaft, Nachrichten, 19.30 Uhr Konzert, 20.30 Uhr Goldrausch über Alaska, 21.30 Uhr Die Entwicklung des deutschen Streichquartetts, 22.40 Uhr Zeit, Wetter, 22.55 Uhr Schachrund, 23.15 Uhr Nachtmusik.

Handel und Verkehr

Stadtgemeinde Nagold Markt- und Ladenpreise von Lebensmitteln, Getreide, Hülsenfrüchten, Heu, Stroh Brenn- und Leuchtstoffen Landwirtschaftliche Erzeugnisse:

je	höchster Preis	niedester Preis	Durchschnittspreis
1 Jtr. Weizen	14.—	12.50	13.41
1 „ Dinkel	—	—	—
1 „ Roggen	—	—	—
1 „ Futtergerste	13.99	9.50	9.88
1 „ Mischfrucht	—	—	—
1 „ Kleebohnen	9.—	—	9.—
1 „ Hafer	9.50	9.—	9.25
1 „ Weizenheu	2.20	2.—	2.10
1 „ Hechen	2.50	—	2.50
1 „ Stroh	3.—	2.80	2.90

Lebensmittel: (in Pfennige angegeben)

1 Pfd. Ochsenfleisch	70	1 Pfd. Margarine mittl. Sorte	42—80
1 Pfd. Rindfleisch	70	1 Pfd. Würfelzucker	40—43
1 Pfd. Kalbfleisch	40—50	1 Pfd. Sandzucker	39—43
1 Pfd. Schweinefleisch	70	1 Pfd. Salz	8—8
1 Pfd. Hammelfleisch	70	1 Pfd. Eiermehl	43—80
1 Pfd. Speck frisch	70	1 Pfd. Mehl (Vollkorn)	20—45
1 Pfd. Speck geräuchert	120—140	1 Pfd. Gerste	20—40
1 Pfd. Weizenmehl 0	24	1 Pfd. Gerste (Dartweizengries)	26—35
1 Pfd. Brotmehl	20	1 Jtr. Tannenholz	350
1 Pfd. Weizenbrot	56	1 Jtr. Buchenholz	200
1 Pfd. Rüböl	42	1 Jtr. Nadelholz	195
1 Pfd. Schwarzkügel	40	1 Jtr. Unionbriketts	135
1 Paar Weizen	8	1 Jtr. Giformbriketts	170
1 Pfd. Erbsen gelbe	20—28	1 Jtr. Anthrazitbriketts	295
1 Pfd. Bohnen weiße	18—20	1 Jtr. Brechholz 40x60 mm 180	—
1 Pfd. Linjen	18—25	1 Kwhl. Holzstrom	80
1 Hühnerfleisch	7—8	1 Kwhl. Kraftstrom	20
1 Kistenei	7	1 Kwhl. Heizstrom	10
1 Pfd. Milch	20	—	—
1 Pfd. Molkereibutter	150—160	—	—
1 Pfd. Landbutter	100—120	—	—
1 Pfd. Weichkäse 20%	38—50	—	—
1 Pfd. Hartkäse 45%	68—150	—	—

Letzte Nachrichten

Schweres Autounglück — Sechs Verletzte

Krefeld, 3. Juni. Ein mit sechs Personen besetzter holländischer Personenwagen, der Hochzeitsgäste aus Düsseldorf abgeholt hatte, kam auf der Landstraße zwischen Schiefbahn und Willigh ins Schleudern, geriet in einen Graben und drehte sich dabei um die eigene Achse, wobei die Karosserie gegen einen Baum schlug. Die sechs Insassen des Wagens, zwei Männer, zwei Frauen und zwei Kinder, konnten erst nach Zerstörung des Wagens aus dem Innern des Autos befreit werden. Die Verletzungen von vier Personen sind besonders schwer.

Immer noch Unruhen im Duisburg-Hamborner Bezirk
Duisburg-Hamborn, 4. Juni. In verdichteten Stellen der Stadt kam es auch gestern abend wieder zu Anstimmungen und Ausschreitungen rabiaten Elements. Im Stadtteil Hochfeld mußte ein starkes Polizeiaufgebot gegen größere Trupps Unruhestifter vorgehen. 25 Personen wurden festgenommen, nach Feststellung ihrer Personalleisten aber wieder entlassen. Im Ostkerviertel zertrümmerten einige Trupps die Schaufensterbeiden von zwei Lebensmittelgeschäften. Zu Plünderungen ist es nicht gekommen. Im Hamborner Goetheviertel kam es wieder zu Tumulten. Polizei konnte die Ruhe wieder herstellen. Zehn Personen wurden dem Gerichtsgefängnis zugeführt.

Gestorben

Besenfeld: Wilhelm Berger, 57 J. a.
Calw: Christiane Sauer geb. Reinhardt.
Gehingen: Paul Gehring, Schweinehändler, 38 J. a.

Wetter für Sonntag und Montag

Schwacher Hochdruck liegt über Mitteleuropa. Für Sonntag und Montag ist zeitweilig heiteres, aber zu vereinzelten Gewitterföhrungen geneigtes Wetter zu erwarten.

Ämtliche Bekanntmachungen Rechnungsprüfung.

Die Rechnungen der Oberamtspflege, des Jugendamts, der Oberamtsparkasse und des Bezirkswohlfahrtsamts vom Jahr 1930 können während zwei Wochen beim Oberamt allgemein eingesehen werden.

Nagold, 1. 6. 32.

Oberamt: Saitinger.

Tuberkulosesprechstunden

Montag, den 6. und 20. Juni von 10—1 Uhr
im Bezirkskrankenhaus.

Zumweiler.

Zwangsversteigerung

am Montag, den 6. Juni, nachmittags
12 Uhr verkaufe ich gegen bare Bezahlung

1 Pferd

Zusammenkunft beim Rathaus.

Gerichtsvollzieherstelle Nagold.

Grömbach.

Wald-Verkauf.

In der Nachlasssache des Joh. Og. Kentschler, Straßen-
wart in Grömbach, kommt am

Mittwoch, 8. Juni 1932

nachmittags 3 1/2 Uhr

auf dem Rathaus in Grömbach im 1. Termin zur Ver-
steigerung:

Parz. Nr. 782/4, 782/1, 789/2

2 ha 06 ar Nadelwald im Haberswäble.

Grundbuchamt:

Bezirksnotar Heyde.

Kiwal zur Frühjahrsputzerei

frischt alle Möbel auf wie neu.
Nur noch 80 ₤, Doppelfl. 1.45 ₤.

Erhältlich: Apotheke, Löwendrogerie, Schwarzwaldrogerie.

Ebhhausen.

Sonntag, den 5. Juni

Große Tanz-Unterhaltung

im Traubensaal.

Musikpelle Bed-Pforzheim. Es laßt höll. ein

KEMPF ZUR TRAUBE

Ist Ihr Kofffaß leer?

dann stellen Sie aus Ulmer Koffkonserven Marke
"Sawabenterruh" einen Daustunk her, der nach
Urteil von Fachleuten wie Apfel-
most schmeckt und nur 9 Pf. das Liter kostet. Seit 25 Jahren
bewährt! Garantie: Geld zurück! Portion zu 100 Liter 3.80.
Wo nicht erhältlich, wende man sich an Koffkonservenfabrik
Hlm a. D., Käfergasse 1. Zu haben Altensteig: Käferei
Stob untere Stadt; Egenhausen: Käferei Holz; Simmers-
feld: Käferei Hauser.

300 Mt.

werden von Privathand
gegen Sicherheit aufzuneh-
men gesucht.

Näheres bei der Geschäfts-
stelle ds. Bls.

LUGER

Heute frisch eintreffend:
Kopfsalat Stück 8 ₤
Kettliche, Rhabarber
Gurken, Spargel

Bananen Pfd. 42 ₤

Neue Kartoffeln
Ratfsheringe

Altensteig Den Grasertrag

von 2 Morgen in der
Hohenbergstraße verkauft

Dr. Schneider.

Wenn

man etwas verkauft,
vermietet oder ver-
pachtet oder etwas
sucht, so bringt man
eine Anzeige in der

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“.

Die große Verbreitung
in allen Bevölkerungsschichten sichert einen
guten Erfolg.

Heute

3, 5, 1/2, 9 Uhr. Grüner Baum
„Frohe Menschen“
Es wächst ein Geschlecht
„Kunstturnen“

Kultur-Filme

Sportverein Altensteig.

Mitglied d. S. F. und L. V.

Sonntag, 5. Juni

6. 6. Freudenstadt II

6. 9. Altensteig II

Spielbeginn 1 Uhr.

6. 6. Freudenstadt Jugend

6. 9. Altensteig Jugend

Spielbeginn 1/2 8 Uhr.

6. 6. Freudenstadt I

6. 9. Altensteig I.

Spielbeginn 1/2 4 Uhr.

Saalbau z. „Löwen“ Nagold

Sonntag, den 5. Juni

von 3—12 Uhr

große öffentliche

TANZ- Unterhaltung

Musikpelle Hohnlofer-
Pforzheim

Auf Wunsch werden Tanz-
bänder abgegeben.

Eintritt frei.

Altensteig

Besonders preiswert:

Zwetschgen calif.

1 Pfd. 30, 35, 40, 50 ₤

Nischobst calif.

1 Pfd. 40, 50, 65 ₤

Dampfpfäfel am. 1 Pfd. 75 ₤

Aprikosen calif.

1 Pfd. 80 ₤, 1.— ₤

Birnschnitzbad. 1 Pfd. 40 ₤

bei

Chr. Burghard jr.

Schöne

3—4 Zimmer- Wohnung

in ruhiger, sonniger Lage zum
15. Juli bezug. 1. August
zu mieten gesucht.

Schriftliche Angebote mit
Preis an die Geschäftsstelle
unter Nr. 252 erbeten.

Den titl. Aemtern

geben wir davon Kenntnis, daß wir ab
1. Juni ds. Js. eine

Bertretung

des Formular-Berlags W. Kohlhammer
Stuttgart

übernommen haben und in der Lage sind,

sämtliche Formulare und Bücher

dieses Verlags aufs raschste und ohne jeden
Preisaufschlag zu liefern.

Wir empfehlen uns zur Lieferung der
Formulare des obigen bestbekanntesten For-
mularverlags und bitten Bestellungen bei
uns zu machen.

W. Nieferische Buchdruckerei

Altensteig, Telefon Nr. 11
Nagold, Telefon 32

Friedhilde Kaltenbach

Karl Müller

Verlobte

Altensteig
Vaihingen a. Filder

Altensteig
Hamburg

5. Juni 1932

Statt Karten und jeder besonderen Einladung!

Neuweiler.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Be-
kannte zu unserer

am Dienstag, den 7. Juni 1932

im Gasthaus zur „Krone“ stattfindenden Hochzeits-
feier freundlichst einzuladen.

Friedrich Burkhardt
Sohn des
Fr. Burkhardt, Landwirt
in Neuweiler

Marie Bayer
Tochter des
Johs. Bayer, Landwirt
in Neuweiler

Kirchgang 12 Uhr.

Simmersfeld.

Todes-Anzeige.



Teilnehmenden Verwandten u. Bekannten
machen wir die traurige Mitteilung, daß mein
lieber Gatte, unser lieber Vater, Groß- und
Schwiegervater, Bruder, Schwager u. Onkel

Michael Wurster

gestern abend nach langem Leiden im Alter
von 56 Jahren in die ewige Ruhe eingehen
durfte.

Namens der trauernden Hinterbliebenen:
die Gattin Christine Wurster
mit Kindern.

Beerdigung Sonntag nachmittag 1 Uhr.

Simmersfeld, den 3. Juni 1932.

Todes-Anzeige.



Tiefbetrübt machen wir teilnehmenden
Verwandten und Bekannten die traurige Mit-
teilung, daß unsere liebe Mutter

Christine Kalmbach

geb. Theurer

im Alter von 62 Jahren von ihrem schweren
Leiden erlöst wurde.

In tiefem Leid:

Familie Adam Kalmbach.

Beerdigung am Sonntag, den 5. Juni,
nachmittags 2 1/2 Uhr.